

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Sitzungsdokument

14. Juni 2000

B5-0562/2000 }
B5-0563/2000 }
B5-0564/2000 }
B5-0565/2000 }
RC1

GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 37 Absatz 4 der Geschäftsordnung von

- Miet Smet, Maria Antonia Aviles Perea, Christa Klass und Astrid Lulling im Namen der PPE-DE-Fraktion
- Lissy Gröner, Maj-Britt Theorin, Fiorella Ghilardotti, Maria Izquierdo Rojo und Joke Swiebel im Namen der PSE-Fraktion
- Lone Dybkjær, Lousewies van der Laan, Marieke Sanders, Elly Plooi-j-van Gorsel und Olle Schmidt im Namen der ELDR-Fraktion
- Heidi HAUTALA im Namen der Verts/ALE-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge der:

- Verts/ALE-Fraktion (B5-0562/2000),
- PSE-Fraktion (B5-0563/2000),
- PPE-DE-Fraktion (B5-0564/2000),
- ELDR-Fraktion (B5-0565/2000),

zu den Ergebnissen der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem Titel „Frauen 2000: Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert“ vom 5.-9. Juni 2000

RC\415402DE.doc

PE 291.919}
PE 291.920}
PE 291.921}
PE 291.922} RC1

DE

DE

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Ergebnissen der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem Titel „Frauen 2000: Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert“ vom 5.-9. Juni 2000

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Ergebnissen der Sondertagung der UNO-Generalversammlung über „Frauen 2000: Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert“ vom 5.-9. Juni 2000,
- in Kenntnis der Beiträge der portugiesischen Präsidentschaft im Namen der Union und der meisten assoziierten Länder sowie der Kommission während der Sondertagung,
- unter Hinweis auf seine Entschließung zu den Folgemaßnahmen im Anschluß an die Aktionsplattform von Peking (2000/2020(INI)), und insbesondere auf die Forderung, sich nicht auf eine Neuverhandlung der vereinbarten Aktionsplattform und ihrer zwölf Problembereiche (Frauen und Armut; Bildung und Ausbildung; Frauen und Gesundheit; Gewalt; Frauen und bewaffnete Konflikte; die Frau in der Wirtschaft; Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen; Förderung der Frau; Menschenrechte der Frauen, Frauen und Medien, Frauen und Umwelt; Mädchen) einzulassen,
 - A. unter Betonung der Bedeutung der Sondertagung der UNO-Generalversammlung für die Entwicklung und Förderung der weltweiten politischen Unterstützung für die Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden, die für alle Frauen auf der Welt einen wichtigen Schritt nach vorne darstellen,
 - B. in Würdigung der Beiträge aller Mitgliedstaaten und insbesondere der portugiesischen Präsidentschaft, die die Ergebnisse stark beeinflusst haben, indem sie zwischen den entgegengesetzten Standpunkten von Drittländern in wichtigen Bereichen vermittelten,
 - C. in Anerkennung der Rolle der Kommission bei den Vorbereitungsarbeiten für die Sondertagung sowie während der Verhandlungen,
 - D. in Billigung der Tatsache, daß nichtstaatliche Organisationen einen wichtigen Beitrag zur Erzielung konkreter, positiver Ergebnisse geleistet haben,
 - E. in Würdigung der Ergebnisse der Sondertagung, jedoch auch etwas enttäuscht darüber, daß die Erwartungen hinsichtlich weiterer Maßnahmen und Initiativen zur Umsetzung der Erklärung von Peking und der Aktionsplattform nicht ganz erfüllt wurden,
 - F. zufrieden, daß in der Mehrzahl der Länder wesentliche Fortschritte bei der Umsetzung der Aktionsplattform von Peking erzielt wurden, und zwar in den Bereichen Menschenrechte der Frauen, Gewalt gegen Frauen, Armut, Arbeit und Wirtschaftsleben, Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben, Bildung und Ausbildung, Familie, Gesundheit, Gruppen mit besonderen Bedürfnissen (Behinderte, Wanderarbeitnehmerinnen, ältere Frauen und eingeborene Völker), Rolle des Mannes, Friedensschaffung, Medien, Mainstreaming und geschlechtsspezifische Perspektive usw.,
 - G. jedoch in Bedauern darüber, daß in machen Ländern Frauen weiterhin unterdrückt werden

RC\415402DE.doc

PE 291.919}
PE 291.920}
PE 291.921}
PE 291.922} RC1

und ihre grundlegenden Menschenrechte noch immer nicht gewährleistet sind,

- H. besorgt darüber, daß in bestimmten Schlüsselbereichen keine vollkommene Einigung erzielt werden konnte, insbesondere in bezug auf die sexuellen Rechte und die in Artikel 13 des Vertrags von Amsterdam aufgeführte Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts,
- I. in Bedauern darüber, daß einzelne Länder und Ländergruppen in manchen Bereichen unter dem Einfluß bestimmter nichtstaatlicher Organisationen versucht haben, die 1995 in Peking eingegangenen Verpflichtungen abzuschwächen oder aufzuheben,
1. fordert den Rat, die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, den Inhalt der Schlußerklärung der Sondertagung sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Folgemaßnahmen im Anschluß an die Aktionsplattform von Peking umfassend zu berücksichtigen, und fordert eine zügige Umsetzung der vereinbarten weiteren Maßnahmen und Initiativen in den Mitgliedstaaten,
 2. begrüßt die Annahme des Vorschlags für das Fünfte Rahmenprogramm (Gemeinschaftliches Unterstützungsprogramm zur Rahmenstrategie der Gemeinschaft für die Gleichstellung der Geschlechter) durch die Kommission als nützliches Instrument für die Umsetzung der Peking+5-Erklärung und fordert nachdrücklich, daß angemessene Finanzmittel für das Programm bereitgestellt werden,
 3. fordert den Rat, die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, die Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen der Sondertagung im Hinblick auf die Auswirkungen auf die geschlechtsspezifischen Aspekte ihrer Entwicklungspolitik zu ziehen und den schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen in afrikanischen und asiatischen Ländern, in denen die sexuell übertragbare Krankheit HIV/AIDS verbreitet ist, besondere Aufmerksamkeit zu widmen,
 4. fordert die Kommission auf, in zweieinhalb Jahren auf der Grundlage von Berichten der Mitgliedstaaten einen weiteren Fortschrittsbericht an das Parlament über die Umsetzung der Empfehlungen in der Union vorzulegen,
 5. fordert die Beitrittskandidaten auf, in enger Zusammenarbeit mit der **Kommission** einen Bericht über die Umsetzung der Ergebnisse in den zwölf Problembereichen vorzulegen;
 6. bekräftigt seine Forderung, daß in fünf Jahren eine Fünfte UNO-Weltfrauenkonferenz organisiert werden soll;
 7. fordert den Rat und die Kommission auf, die zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments sowie die Parlamente der Mitgliedstaaten und assoziierten Länder so früh wie möglich während der Vorbereitungen für diese Konferenz zu konsultieren und rechtzeitig mit einzubeziehen;
 8. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und der **Beitrittskandidaten** sowie dem UNO-Generalsekretär zu übermitteln.